

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	02/2020
Sitzung:	Verbandsversammlung
Datum:	18.11.2020
Zeit:	16:00 Uhr bis 16:50 Uhr
Ort:	Ratssaal Neckargemünd
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><b><u>Stadt Neckargemünd</u></b> Stadträte Fritsch, Rehberger, Wachert (alle Freie Wähler); Groesser (Grüne); von Reumont, Wagner (beide CDU); Keller und Linier (beide SPD)</p> <p><b><u>Gemeinde Bammental</u></b> Bürgermeister Karl Gemeinderätinnen Frank (SPD), Rehfuss (Grüne) Gemeinderat Dr. Schütte (CDU)</p> <p><b><u>Gemeinde Gaiberg</u></b> Bürgermeisterin Müller-Vogel Gemeinderäte Dr. Haider (Grüne) und U. Müller (CDU),</p> <p><b><u>Gemeinde Wiesenbach</u></b> Bürgermeister Grabenbauer Gemeinderäte Bühler (Grüne) und Karoff (Freie Wähler)</p>
Mitglieder entschuldigt:	<p><b><u>Stadt Neckargemünd</u></b> Stadtrat Konrad (Grüne)</p>
Urkundspersonen:	Stadträtin Linier, Neckargemünd Gemeinderat Dr. Haider, Gaiberg
Sachvortrag:	Herr Möhrle, FB 3, zu TOP 2
Schriftführerin:	Frau Polte

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2019 vom 19. November 2019**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Mitgliedern des Gemeindeverwaltungsverbandes im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Bürgermeister Karl erinnert daran, dass die Stadt Neckargemünd informieren wollte, wie groß die Verkaufsfläche des Edeka-Neubaus am Hollmuth-Tunnel sein solle. Der Vorsitzende sagt zu, die Information nachzuliefern.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von Gemeinderat Müller unterzeichnet. Die Unterschrift der zweiten Urkundsperson, Stadtrat Konrad, ist noch einzuholen. Er ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Das Protokoll wird vom Gemeindeverwaltungsverband zur Kenntnis genommen.

2. **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Verbandsrechners ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Möhrle erläutert die einzelnen Tabellenseiten kurz. Dabei geht er vor allem auf den Verwaltungskostenbeitrag ein. Hinsichtlich der Integrationsmanagerkosten konnten in den vergangenen Jahren die Zuschüsse bereits in den Haushaltsplan eingerechnet werden. Die bewilligten Zuwendungsbescheide laufen allerdings 2020 aus, so dass nur für die bereits bewilligte Zeit Zuschüsse in den Entwurf eingearbeitet wurden. Es gebe jedoch Signale dafür, dass das Projekt noch bis zum Jahresende 2021 gefördert würde. Vor einer Aufnahme in den Haushaltsplan werde er aber die Genehmigungen abwarten. Hinsichtlich § 5, Verbandsumlage, führt er aus, dass die Abrechnung auf den Bevölkerungsstand 30.06.2019 erfolgt sei.

2.2: **Beratung:**

Bürgermeister Karl signalisiert auch in diesem Jahr die Ablehnung durch den Bammentaler Gemeinderat. Diesem bereite Sorge, dass rein satzungsmäßig durch den Wegfall der gemeinsamen Aufgabe „Gutachterausschuss“ nur noch die gemeinsame Flächennutzungsplanung übrig geblieben sei. Im Bereich Klimaschutz und Integration arbeite man mit der Stadt Neckargemünd zusammen, aber insgesamt halte die Gemeinde Bammental die berechneten Kosten im Verhältnis zu dem, was der Verband leiste, für zu hoch.

Der Vorsitzende verweist auf die Verwaltungsaufwendungen, die in den vergangenen Jahrzehnten weiterberechnet worden seien. Auch damals seien die Raumkosten schon eingerechnet worden, in vergleichbarer Höhe. Er zeigt sich verwundert, dass die Raum-, Sach- und Verwaltungskosten erst in den letzten Jahren thematisiert werden. Eine solche Verrechnung sei üblich in Zweckverbänden. Er bekräftigt, dass eine Satzungsänderung angestrebt werde. Er schlägt vor, die Satzung zunächst

auf Bürgermeisterebene zu besprechen, diese dann nach den hierbei vereinbarten Änderungswünschen umarbeiten und anschließend die Gemeinderäte darüber befinden zu lassen. Er gibt weiterhin zu bedenken, dass die Stadtverwaltung Neckargemünd nicht ausnahmslos alle Leistungen, die für die Mitgliedsgemeinden erbracht werden, auch abrechne (z.B. Prüfungsleistungen für Tiefbau-Rechnungen). Zur Aufgabe „Klimaschutz“ ergänzt er, dass bis zum kommenden Jahr Frau Kurch (früher: Lang) aufgrund Erziehungsurlaub ausfallen werde. Ihre Kollegin im Klimaschutz, Frau Lender, habe ihren Arbeitsvertrag dafür aufgestockt. Eine Ersatzeinstellung für ein Jahr werde nicht sinnvoll sein, da Frau Kurch nach ihrem Erziehungsurlaub zurückkommen wolle.

Stadträtin Groesser hält die vom Verbandsvorsitzenden vorgeschlagene Vorgehensweise für besser, als wenn der Gemeinderat Bammental den Haushalt jedes Jahr ablehnt. Es müsse möglich sein, dass sich endlich alle an einen Tisch setzen.

Gemeinderat Dr. Schütte räumt ein, es seien tatsächlich schon immer die Kosten der Stadt Neckargemünd abgerechnet worden, aber nicht in Höhe von 32.000 Euro. Allerdings hätte die Verbandssatzung schon in diesem Jahr überarbeitet werden sollen. Das sei doch nicht schwer. Man solle sich daran orientieren, was zu den Aufgaben des Verbandes zähle. Das Thema Klimaschutz, das freiwillig von den Gemeinden gemeinsam betrieben werde, sei formal sowie rechtlich etwas völlig anderes. Insgesamt hätte er sich beim Klimaschutzmanagement etwas anderes erwartet. Ihm sei es vor allem wichtig zu wissen, wieviele Tonnen CO<sub>2</sub> in Bammental eingespart wurden. Sofern man hier keine klaren Zahlen nennen könne, gefalle es dem Gemeinderat Bammental nicht, dass hierfür Kosten abgerechnet werden. Ebenfalls sehe man es in Bammental angesichts der rückläufigen Flüchtlingszahlen nicht als notwendig an, zwei Personen für die Integrationsarbeit vorzuhalten. Fazit: der Knackpunkt werde sein, wie es mit dem Klimaschutz- sowie Integrationsmanagement weitergeht.

Bürgermeisterin Müller-Vogel führt aus, auch Gaiberg werde den Haushalt ablehnen. Dies habe ähnliche Gründe wie die von Bammental genannten. Sie hoffe, dass man im nächsten Jahr mit der Satzungsänderung weiterkomme.

Der Vorsitzende rät dazu, bei der Änderung der Verbandssatzung auch vergleichbare Verwaltungsverbände mit zu betrachten - hinsichtlich der Strukturen, insbesondere der Stimmrechte und der Kostenverteilung.

Stadtrat Rehberger fasst den Redebeitrag von Gemeinderat Dr. Schütte so auf, als fühle dieser sich von Neckargemünd „über den Tisch gezogen“. Wenn man so unzufrieden sei, käme – wie in einer gescheiterten Ehe – eventuell auch die Aufkündigung in Frage. Es sei durchaus auch denkbar, im Verband nur noch den Flächennutzungsplan als gemeinsame Aufgabe zu behalten. Sofern Bammental eigene Klimaschutz- bzw. Integrationsmanager haben wollten, könnten sie selbst welche einstellen.

Bürgermeister Grabenbauer ist der Meinung, zwei halbe Stellen für das Klimaschutzmanagement würden nicht ausreichen, um die steigenden Aufgaben zu bewältigen. Möglicherweise seien die Erwartungen der einzelnen Mitgliedsgemeinden an das Klimaschutzmanagement zu hoch. Hinsichtlich des Integrationsmanagements habe das Land mit der zeitweisen Kostenübernahme die Kommunen „angefüttert“, und nun müssten die Kommunen sehen, ob sie das auf eigene Kosten weiterhin stemmen können. Für Wiesenbach sei klar: sofern die Förderung entfalle, werde man sich das Integrationsmanagement nicht mehr leisten können. Ähnlich sehe es beim Klimaschutz sowie der Schulsozialarbeit aus. Er rät dazu, zunächst darüber zu diskutieren, was man in den einzelnen Mitgliedsgemeinden bezüglich Klimaschutz- bzw. Integrationsmanagement erwarte. Es sei allerdings auch klar, dass die interkommunale Zusammenarbeit auch gelegentlich an die Grenzen stoße. Insgesamt spricht er dem Integrationsmanagement seinen Dank aus; in Wiesenbach sei man froh, wie die Arbeit laufe.

Gemeinderat Dr. Haider empfindet die abgerechneten Raumkosten als nicht überschaubar. Er beantragt, das Klimaschutzmanagement solle einen Bericht erstellen, was in den vergangenen Jahren dort getan wurde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Umgang mit Raum- und Sachkosten bundesweit über eine Verwaltungsvorschrift geregelt sei, nach der man auch in Neckargemünd vorgehe. Bez. Integrationsmanagement hätte sich die Zahl der Neuzugänge stabilisiert. Zurzeit lägen ihm lediglich von einem der beiden Integrationsmanager, Herrn Metzger, genaue Zahlen vor: dieser führe jeden Tag ca. 12 – 14 Gespräche, davon 48 % mit Geflüchteten aus Neckargemünd, 30 % mit Geflüchteten aus Bammendingen, 18 % aus Wiesenbach sowie 4 % aus Gaiberg. Trotz geringerer Personenzahl werde der Aufwand aber nicht weniger, sondern die Komplexität nehme zu. Erschwerend sei auch noch hinzugekommen, dass die ehrenamtlichen Flüchtlingsshelfer wegen der Corona-Pandemie weniger tun konnten, so dass diese Hilfeleistungen durch die Verwaltung aufgefangen werden mussten. Der Vorsitzende warnt davor, das Integrationsmanagement herunterzufahren. Es werde hierfür weiterhin Bedarf geben. Viele Tätigkeiten könne man von einem zentralen Standort aus wahrnehmen, und diese dann durch Vororttermine ergänzen. Ihm sei klar, dass es für die Mitgliedsgemeinden zum Teil schwer nachvollziehbar sei, dass das Personal für Klimaschutz und Integration nicht ständig vor Ort sei. Dennoch sei es nicht sinnvoll, feste Präsenzzeiten in den einzelnen Gemeinden auszumachen, unabhängig von Gesprächsterminen, nur allein damit man vor Ort präsent sei. Das Neckargemünder Rathaus sei zum Teil auch besser erreichbar.

Stadträtin Groesser unterstreicht diese Ausführungen. Als Aktive im Asylkreis Neckargemünd sei ihr bekannt, dass zwar weniger Geflüchtete ankommen, die Arbeit dennoch aber nicht weniger werde. Die Geflüchteten bräuchten über viele Jahre hinweg Hilfe und Betreuung. Die Unterstützung dieser Arbeit sei für die Integration am Ort und in der Arbeitswelt sehr wichtig. Man solle bestehende Unklarheiten beseitigen und sich zusammenraufen, ggf. die Kosten transparenter machen, anstatt aufzugeben.

Der Vorsitzende betont, dass die Umlage der Kosten nach der bundeseinheitlichen Vorgabe gerade aus dem Grund, Streit zu vermeiden, durchgeführt werde.

Stadtrat Fritsch ist ebenfalls der Meinung, dass für die Geflüchteten eine längerfristige Betreuung sinnvoll sei. Oft gebe es auch Sprachbarrieren.

Bürgermeister Karl hält dagegen, die Integrationsleistung werde in den Gemeinden ohnehin erbracht. Spezielle Integrationsmanager habe man vor allem im Zuge der Flüchtlingswelle im Jahr 2015 eingesetzt. Wenn heute deutlich weniger Flüchtlinge kommen und das Land Baden-Württemberg die Manager immer weniger finanziere, wäre das für die Kommunen nicht mehr bezahlbar. Dass die Kosten generell abgerechnet würden, sei grundsätzlich in Ordnung. Allerdings müsse man darüber sprechen, dass die Gemeinden im Verhältnis zu dem, was dabei herauskomme, viel zu viel bezahlen müssten.

Gemeinderat Dr. Haider macht deutlich, wenn man den Haushalt ablehne, bedeute das nicht, dass man Klimaschutz und Integrationsmanagement per se ablehne. Beides halte er für sehr wichtig. Es fehlen ihm jedoch genaue Zahlen, die den Leistungsumfang erklären.

Der Vorsitzende sagt zu, die entsprechenden Zahlen der zweiten Integrationsmanagerin zu kommunizieren, sobald sie wieder im Dienst sei. Insgesamt sei es sehr wichtig, die geflüchteten Menschen in unser System zu integrieren. Je besser dies gelinge, desto mehr Spannungen könne man vermeiden. Das sei das große Verdienst der haupt- und ehrenamtlichen Integrationshelfer.

Gemeinderat Dr. Schütte betont ebenfalls, dass das Integrationsmanagement eine wichtige Aufgabe sei. Nachdem die Flüchtlingszahlen zurückgehen, müsse man aber dennoch überlegen, wieviel Personal man dafür noch braucht. Hinsichtlich des Klimaschutzmanagements fordert er nochmals klare Zahlen, wieviel durch die Maßnahmen des Klimaschutzmanagement konkret an CO<sub>2</sub> eingespart wurde.

Gemeinderätin Frank überlegt, ob es sinnvoll sein könnte, künftig nur eine/n Integrationsmanager/in im Verband zu behalten. Dazu müsse man im Vorfeld klären, wie man die Arbeitsleistung hinsichtlich der geführten Gespräche zeitlich und örtlich takten könne.

Der Vorsitzende erläutert, im Integrationsmanagement arbeite man nur mit Terminvereinbarungen. Termine vor Ort zu bündeln sei gewiss sinnvoll. Offene Sprechstunden hingegen machten keinen Sinn; am Hauptarbeitsplatz könne man insgesamt mehr Aufgaben verrichten.

Stadtrat Fritsch befürwortet den Klimaschutz; in Neckargemünd mache man sich diesbezüglich viel Mühe. Klimaschutz für ältere Menschen lohne sich teilweise aber nicht, da zu teuer. Viele Ältere hätten ihr Haus schon seit langem gebaut oder lebten in älteren Häusern. Auch müsse man die Leute noch wesentlich mehr für den Klimaschutz motivieren. Ein Durchbruch sei noch nicht geschafft.

Stadtrat Wachert hält weniger die fehlenden Informationen, als vielmehr die fehlenden Fördertöpfe für verantwortlich dafür, dass man im Klimaschutz noch nicht so weit sei wie gewünscht. Die Infos seien da, aber zum Teil möchten die Leute nichts davon wissen. Dabei engagiere man sich für Klimaschutz nicht nur im eigenen Interesse, sondern für künftige Generationen.

2.3: **Beschluss:**

Aufgrund der §§ 18 und 19 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist der derzeit geltenden Fassung hat die Verbandsversammlung am 18. November 2020 mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen (4 aus Bammental, 3 aus Gaiberg), folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen:

**§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

**1. im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen**

EUR

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	230.900
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	230.900
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	0
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	0
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	0

**2. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen**

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	230.900
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	230.900
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	0
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	0
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	0
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	0
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	0
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	0
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	0

## **§ 2 Kreditermächtigung**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 0 EUR

## **§ 3 Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 0 EUR.

## **§ 4 Kassenkredite**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000 EUR.

## **§ 5 Verbandsumlage**

Die Verbandsumlage wird aufgrund der Einwohnerzahl zum 30.06.2019 festgesetzt auf:

Neckargemünd	13.313 EW	120.951 EUR
Bammental	6.592 EW	59.890 EUR
Wiesenbach	3.112 EW	28.273 EUR
Gaiberg	2.398 EW	21.786 EUR
	<u>25.415 EW</u>	<u>230.900 EUR</u>

Neckargemünd, den 18. November 2020

Der Verbandsvorsitzende

Frank Volk  
Bürgermeister

- 3: **2. Änderung der 2. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes**  
**Billigung des Entwurfes und Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Bau GB**
- 3.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des Fachbereichs 6, Bauamt, wird dem Protokoll als Anlage beigelegt. Der Vorsitzende erläutert, die Änderung des FNP sei notwendig, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für das in Neckargemünd geplante Feuerwehrhaus zu schaffen.
- 3.2: **Beratung:**  
Es gibt keine Wortmeldungen.
- 3.3: **Beschluss:**  
Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig, den Abwägungsvorschlägen des Büros Sternemann und Glup zuzustimmen. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 28. September 2020 wird gebilligt und gemäß § 3 Abs. BauGB öffentlich ausgelegt.

4: **Satzungsbeschluss: Aufhebung der Gutachterausschuss-Gebührensatzung des Gutachterausschusses Neckargemünd**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Fachbereichs 1, Öffentlichkeitsarbeit und Gremien, wird dem Protokoll als Anlage beigelegt und vom Vorsitzenden kurz erläutert.

4.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

4.3: **Beschluss:**

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig die Satzung zur Aufhebung der Gutachterausschuss-Gebührensatzung des Gemeindeverwaltungsverbands Neckargemünd vom 21.07.1999 in der Fassung vom 05.12.2001, rückwirkend zum 01.01.2020, in folgender Textfassung:

**Satzung zur Aufhebung der Gutachterausschussgebührensatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd**

Aufgrund des § 5 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ), § 4 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit den §§ 4 und 12 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und § 4 der Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd in der jeweils geltenden Fassung hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 18.11.2020 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1 Satzungsgegenstand**

Die Satzung vom 21.07.1999 über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss (Gutachterausschussgebührensatzung) in der Fassung vom 05.12.2001 wird förmlich aufgehoben.

**§ 2 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft.

Neckargemünd, 18.11.2020

Gez. Frank Volk  
Verbandsvorsitzender

5: **Mitteilungen und Anfragen:**

Es werden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgebracht.

Der Vorsitzende



Frank Volk  
Verbandsvorsitzender

Die Urkundspersonen

Stadträtin Linier, Neckargemünd

Die Schriftführerin



Gemeinderat Dr. Haider, Gaiberg